

**Gemeinsame Klausurtagung  
des CDU-Landesverbandes, der Landtagsfraktion und der Landesgruppe im Deutschen Bundestag  
Ahrensburg, 9./10. August 2013**

---

**Bürger und Unternehmen in Schleswig-Holstein weiter entlasten**

**Beschluss zur Steuer-, Abgaben- und Entlastungspolitik**

Deutschland ist so gut durch die Finanzkrise- und Wirtschaftskrise gekommen wie kein anderes Land in Europa. Als Angela Merkel Kanzlerin wurde, waren fast fünf Millionen Menschen ohne Beschäftigung, heute sind es weniger als drei Millionen. Auch im mittelständisch geprägten Schleswig-Holstein ist die Arbeitslosigkeit massiv gesunken, die Jugendarbeitslosigkeit hat sich halbiert. Gleichzeitig waren noch nie so viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Wirtschaft wächst und mit ihr die Steuereinnahmen. Damit haben wir in nicht einmal vier Jahren die schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik überwunden. Das ist zum einen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu verdanken, die in einer großen Kraftanstrengung auch in schwierigen Zeiten zusammengehalten haben. Zum anderen ist dies das Ergebnis einer auf Wachstum ausgerichteten Politik der christlich-liberalen Koalition, die sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch mittelständische Unternehmen und Kommunen entlastet hat.

Konkret hat die unionsgeführte Bundesregierung dafür gesorgt, dass

- durch die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages Familien in Deutschland um über 4,6 Milliarden Euro entlastet wurden.
- die Verbesserungen im Rahmen der Unternehmenssteuer dazu geführt haben, dass Umsatzeinbußen, insbesondere für die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Schleswig-Holstein, während der Wirtschaftskrise abgemildert wurden und so auch Arbeitsplätze erhalten blieben.
- durch Erleichterungen der Erbschaftsteuer, Unternehmensweiterführungen in der nächsten Generation vereinfacht werden.
- die Mehrwertsteuer für die Übernachtungen in Hotels, Gaststätten, Pensionen und auf Campingplätzen auf sieben Prozent abgesenkt wurde. Davon profitiert insbesondere das Tourismusland Schleswig-Holstein.
- durch die Absenkung der Beiträge zur Rentenversicherung von 19,9 auf 18,9 Prozent Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen entlastet werden und damit die paritätisch finanzierten Sozialversicherungsbeiträge weiterhin deutlich unter 40 Prozent liegen.

- das Ziel erreicht wurde, die Bürokratielasten um 25 Prozent zu reduzieren und damit 12,3 Milliarden Euro eingespart werden.
- in dieser Wahlperiode die größte Entlastung der Kommunen in der Geschichte der Bundesrepublik umgesetzt wurde. Alleine durch die Übernahme der Grundsicherung durch den Bund, haben die Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein bis 2015 fast eine halbe Milliarde Euro mehr zur Verfügung, zum Beispiel um die Kinderbetreuung weiter auszubauen.

Die christlich-liberale Koalition hat aber nicht nur entlastet. Gleichzeitig wurde für nächstes Jahr ein strukturell ausgeglichener Haushalt vorgelegt, die Vorgaben der Schuldenbremse sind übererfüllt. Sinnvolle Entlastungen und Haushaltskonsolidierung sind kein Gegensatz, vielmehr bedingen sie einander.

### **Rot-Grüne Steuerpläne gefährden den Wohlstand**

Der Schuldenabbau ist eines unserer wichtigsten politischen Ziele und konnte mit der Schuldenbremse im Grundgesetz verankert werden. Dies darf aber nicht bedeuten, dass Bürgerinnen und Bürger sowie mittelständische Unternehmen, die den Weg aus der Wirtschaftskrise geebnet haben, nun durch massive Steuererhöhungen belastet werden. Dahinter steht die Vorstellung, Wachstum entstehe vor allem dort, wo der Staat Geld verteilt und investiert. In normalen Zeiten sind die wesentlichen Wachstumsquellen jedoch private Investitionen. Der Staat setzt dafür die Rahmenbedingungen zum Beispiel durch eine gut ausgebaute Infrastruktur. Steuereinnahmen entstehen in erster Linie durch Wachstum und nicht durch immer höhere Abgaben.

Insbesondere auf die Wirtschaft in Schleswig-Holstein, mit ihren vielen mittelständischen Personengesellschaften und deren Mitarbeiter würden sich die rot-grünen Steuerpläne massiv negativ auswirken. Nach Berechnungen der Deutschen Industrie und Handelskammer kann die Steuerbelastung für diese Unternehmen um 13 bis zu 30 Prozent zunehmen und fast zwei Millionen Arbeitsplätze kosten.

Gleichzeitig sollen insbesondere Familien durch die Absenkung des Kinderfreibetrages und die Abschaffung des Ehegattensplittings zusätzlich belastet werden.

### **Weiter entlasten und Schulden abbauen**

Mit den rot-grünen Steuerplänen wird aufs Spiel gesetzt, dass wir endlich wieder eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, eine historisch hohe Beschäftigung und einen ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt haben. Wenn wir unseren Wohlstand weiterhin sichern wollen, dann dürfen wir nicht die belasten, die ihn erwirtschaften, sondern brauchen Stabilität und Verlässlichkeit.

Wir wollen in der nächsten Wahlperiode dafür sorgen, dass die erfolgreiche Wachstumspolitik der uniongeführten Bundesregierung fortgeführt wird und gleichzeitig den Schuldenabbau konsequent fortsetzen.

Deshalb werden wir uns insbesondere dafür einsetzen, dass

- der Abbau der kalten Progression fortgesetzt wird, damit die Arbeitnehmer und nicht der Staat Profiteure einer Lohnerhöhung sind. Wir fordern die Landesregierung dabei auf, dieses wichtige Vorhaben zum Wohle der Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein zu unterstützen.
- das Ehegattensplitting als bewährtes Instrument zur Stärkung von Ehe und Familie beibehalten wird und Familien dadurch die Wahlfreiheit erhalten, Familien- und Erwerbsarbeit nach ihren eigenen Wünschen und Bedürfnissen auszurichten.
- ab 2014 für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung berücksichtigt wird.
- die Freibeträge für Kinder auf die Höhe für Erwachsene angehoben werden, um Familien weiter zu unterstützen.
- keine Steuererhöhungen vorgenommen werden, die Arbeitnehmer oder mittelständische Unternehmen betreffen. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der Erbschaftsteuer und die Einführung einer Vermögenssteuer lehnen wir ab.
- die Lohnnebenkosten weiterhin stabil unter 40 Prozent gehalten werden.
- der für die Schleswig-Holsteinische Wirtschaft wichtige reduzierte Mehrwertsteuersatz auf Übernachtungen in Hotels, Gaststätten, Pensionen und Campingplätzen erhalten bleibt.
- der Bürokratieabbau fortgesetzt und dafür verbindliche Abbauziele vereinbart werden.
- die bewährten steuerlichen Förderinstrumente für die in Schleswig-Holstein wichtige Maritime Wirtschaft erhalten bleiben.
- eine steuerliche Forschungsförderung eingeführt wird, von der insbesondere die mittelständische Gesundheitsbranche in Schleswig-Holstein profitieren kann.

Die von der Landesregierung vorgesehene Erhöhung der Grunderwerbssteuer lehnen wir ab. Eine Anhebung auf den höchsten Steuersatz bundesweit wäre ein Standortnachteil für die Ansiedlung und Erweiterung von Betrieben in Schleswig-Holstein. Auch das Angebot von bezahlbarem Wohnraum würde durch die Erhöhung der Grunderwerbssteuer sowohl im Eigenheim- als auch im Mietwohnungsbau beeinträchtigt. Angesichts immer neuer Höchststände bei den Steuereinnahmen – nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell bedingt – darf die Haushaltskonsolidierung nicht einseitig auf der Einnahmenseite erfolgen. Statt die Bürgerinnen und Bürger durch Steuererhöhungen immer weiter zu belasten, bedarf es weiterer Anstrengungen zur Begrenzung von Ausgaben und dem Abbau von Aufgabe

